



Streichen und Kürzen

DAS ENDE DER WOHNBEIHILFE

Seite 2-3



Wer jetzt kein Haus hat, baut sich keines mehr.
Wer jetzt allein ist, wird es lange bleiben,
wird wachen, lesen, lange Briefe schreiben
und wird in den Alleen hin und her
unruhig wandern, wenn die Blätter treiben.

R. M. Rilke

Hände weg von
der Wohnbeihilfe

Bitte unterschreiben Sie! Seite 24



KPO

Schulautonomie: Was bringt sie für die Bildung?

Gedanken eines besorgten Lehrervertreteters zur Schulreform

Als HTL-Lehrer und Lehrgewerkschafter stimme ich das vor kurzem beschlossene Schulautonomie Paket besorgt. Bleibt es nämlich so, wie es den Ministerrat passierte, ist dieses gänzlich abzulehnen, weil ...

... eine ersatzlose Streichung der Klassenschülerhöchstzahl und der Eröffnungs- und Teilungszahlen völlig inakzeptabel ist.

Diese Maßnahme führt angesichts jetzt schon zu knapper Ressourcen zu noch größeren Klassen und damit zu massiven Qualitätseinbußen im Unterricht.

Dies stellt nicht nur einen Anschlag auf die gerade international vorbildhaften berufsbildenden Schulen (HTL, BAKIP, HAK und HLW) dar, die in letzter Zeit immer mehr von massiven Sparmaßnahmen betroffen sind, sondern lässt auch vielmehr befürchten, dass auch wieder viele regionale Kleinst- und Kleinschulen des Pflichtschulbereichs in ihrer Existenz gefährdet werden, weil die gesetzliche Grundlage zur Eröffnung und Klassenteilung fällt. Die angedachte Bildung von Schulclustern ist ein weiteres Indiz dafür.

... es wie Hohn klingt, dass eine verstärkte „Individualisie-

rung“ des Unterrichts von uns Lehrern gefordert wird, weil diese bei noch größeren Klassen verunmöglicht wird.

... für mittlere und höhere Schulen der Schulgemeinschaftsausschuss bzw. für die Pflichtschulen das Schulforum laut SchUG bereits eine autonome Festlegung von Eröffnungs- und Teilungszahlen festlegen darf, sofern es keine zwingend gesetzliche Bestimmung dazu gibt.

Die jetzt angedachte De-facto-Streichung der Mitbestimmungsrechte des Schulgemeinschaftsausschusses/Schulforums ist ein inakzeptabler Anschlag auf mühsam erkämpfte Grundrechte der Schuldemokratie.

Ich bitte um Verständnis dafür, dass die Lehrer, Lehrerinnen und Lehrgewerkschaften aller Schularten aus diesen Gründen dieses Autonomiepaket in dieser Fassung nur ablehnen können. Falls in den Detailverhandlungen der Lehrgewerkschaften keine Klarstellungen und Verbesserungen gelingen, wird es aus meiner Sicht Kampfmaßnahmen geben müssen!

Vor allem im Interesse unserer Schüler und Schülerinnen müssen die gesetzlich festgelegten Eröffnungs- und Teilungszahlen unangetastet bleiben, besser wären

noch kleinere Klassen für eine echte Individualisierung des Unterrichts. Die Mitbestimmungsrechte des Schulgemeinschaftsausschusses (Schüler-, Eltern- und Lehrvertreter) bzw. der Schulforen und der Personalvertretung (z.B. bei Personalauswahl) gehören im Rahmen einer erweiterten Schulautonomie sogar noch ausgebaut.

*Ziviltechniker Prof. Mag. Dipl.-Ing. Hannes Grünbichler, MA
Lehrer an der HTL Weiz,
Mitglied des Schulgemeinschaftsausschusses und Stellvertretender Vorsitzender des Gewerkschaftlichen Betriebsausschusses*



Landhaus sperrt das Volk aus

Achtung!
Zutritt Landhaus nur mit Berechtigung

Sehr geehrte Damen und Herren!

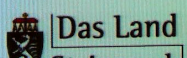
Im Zuge der Modernisierung des Zutrittsmanagements wurden die Zugänge zum Landhaus auf ein elektronisches Schließsystem umgestellt.

Der Zutritt ist für Berechtigte mittels Dienstausweis, Landtagsausweis oder Gastkarte möglich.

Für Personen ohne eine derartige Zutrittsberechtigungskarte besteht die Möglichkeit des Zutritts an zwei Türen im großen Landhaushof (unter den Arkaden und beim Zugang zur barrierefreien Toilette) sowie beim Gittertor der Stiege I mit einem Zutrittsticket, das beim Landhausportier erhältlich ist.

Für weitere Informationen steht der Landhausportier gerne zur Verfügung.

0316 877 3300
portierdienst@stmk.gv.at

 Das Land
Steiermark

Schuldenschnitt für Gemeinden!

Jahrzehntelang hat die Landesregierung den Gemeinden Schulden aufgebürdet.

Die KPÖ meint: Nur eine florierende öffentliche Wirtschaft kann wieder Arbeit schaffen und zum Wohl der Menschen da sein.

Schulden streichen!

Was wir statt Kürzungen und Belastungen tatsächlich brauchen,

ist ein Schuldenschnitt bei den öffentlichen Haushalten. Das käme der Bevölkerung direkt zugute und würde öffentliche Aufträge ermöglichen, die Arbeitsplätze schaffen und die Kaufkraft erhöhen.

Während soziale Transferleistungen seit Jahren nicht wertangepasst oder sogar verschlechtert wurden, gibt es bei der Parteienförderung eine automatische Wertanpassung der Fördergelder.

Das Landhaus war für die steirische Bevölkerung bisher ein offenes Haus. Seit kurzem bleiben die Menschen aber ausgesperrt: Als „Modernisierung“ bezeichnet die Direktion die Einführung eines elektronischen Systems, das Gäste nur mehr mit einem Berechtigungscod einlässt. Bei Landtagssitzungen mussten sich Besucherinnen und Besucher schon früher ausweisen. Jetzt werden die Menschen aber unter Generalverdacht gestellt. Die KPÖ hat als einzige Partei dagegen protestiert. Wovor fürchten sich die Erfinder solcher Maßnahmen?

8.000 Unterschriften gegen Maklerprovision

7.871 Menschen haben die Parlamentarische Bürgerinitiative mit der Forderung „Weg mit der Maklerprovision für Mieterinnen und Mieter“ mit ihrer Unterschrift unterstützt. Die Grazer Vizebürgermeisterin Elke Kahr hat diese nun an Nationalratspräsidentin Doris Bures übergeben.

Seit Jahren zählt Wohnen zu den Spitzenreitern bei der Teuerung. Allein die Wohnungseinstiegskosten machen in Österreich etwa so viel aus wie die Miete für ein halbes Jahr. Ein Grund dafür sind die Maklerprovisionen (derzeit zwei Bruttomonatsmieten ab drei Jahren).



„Wohnungssuchende, vor allem junge Familien, müssen oft tief in die Tasche greifen“, so Kahr. „Wir wollen daher, dass Maklerprovisionen künftig vom Vermieter eingehoben werden.“

In anderen europäischen Ländern ist das längst so. Seit 2015 muss auch in Deutschland der Vermieter die Provision zahlen.

Jetzt sind ÖVP und SPÖ im Bund am Zug.

Online kann das Anliegen kann noch bis Jahresende auf der Homepage des Parlaments unterstützt werden.



Unterschriften-Übergabe in Wien. Vlnr: Manfred Eber (KPÖ), Nationalratspräsidentin Doris Bures, Elke Kahr (KPÖ-Vizebürgermeisterin Graz)

Spitalsreform: Standort Deutschlandsberg vorerst gesichert – zu welchem Preis?

Das LKH Deutschlandsberg ist vorerst von der aktuellen Schließungspolitik des Landes nicht betroffen. Mit 1. Jänner 2017 wandert die Chirurgie aus dem LKH Voitsberg nach Deutschlandsberg. Niemand darf aber glauben, dass irgendeine Gesundheitseinrichtung vom Sparkurs des Landes verschont bleibt.

Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer hat sich sogar zur Aussage hinreißen lassen, dass künftig Ambulanzen durch Hubschrauber ersetzt würden.

Es wird immer klarer: Bei der Gesundheitsreform in der Steiermark geht es in erster Linie nicht um das Wohl der Patienten sondern

um Einsparungen und Kürzungen. Die Halbierung der Standorte bedeutet auch lange Anfahrtswege für Bedienstete, Patienten und deren Angehörige. Und sie bedeutet eine weitere Ausdünnung von Regionen.

KPÖ-LABg. Claudia Klimt-Weithaler: „Es gibt bereits jetzt Versorgungsengpässe. Das Personal ist an der Belastungsgrenze angelangt. Zu befürchten ist, dass uns Sparpakete als Qualitätsverbesserung verkauft werden sollen. Die KPÖ stellt sich nicht gegen sinnvolle Reformen im Gesundheitswesen. Ziel muss eine lückenlose und hochwertige Gesundheitsversorgung sein, unabhängig von Wohnort und Einkommen.“

Schöne, neue Gesundheitsversorgung: Der Telefonarzt ist schon angekündigt. Kommt nächstens die Medizindrohne? Die Ambulanzdrohne der Firma „urban aeronautics“ (Foto) ist bereits in der Testphase.



BANKOMATGEBÜHREN: KUNDEN SOLLEN BANKEN RETTEN?



Es war kein Zufall, dass gerade zu Ferienbeginn eine Firma Bankomatgebühren eingeführt hat. Die Menschen sollten vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Vizebürgermeisterin Elke Kahr: „Schon jetzt geht auf keine Kuhhaut, wie viel die Bankkunden an Zusatzgebühren zahlen müssen. Gleichzeitig gibt es kaum mehr Zinsen für Erspartes. Die Überziehungszinsen auf Girokonten je-

doch sind noch immer zweistellig. Unsere Haltung ist klar: Es braucht eine gesetzliche Regelung, die Bankomatgebühren in Österreich verbietet.“ Die KPÖ fordert:

- Verbot von Bankomatgebühren
- Gesetzliche Begrenzung von Kontogebühren.
- Begrenzung der Überziehungszinsen auf 5 Prozent über dem Leitzins der EU-Zentralbank.

Nach 20 Jahren Arbeit weggeschickt

Antidiskriminierungsstelle konnte helfen

Herr Z. ist kroatischer Staatsbürger, lebt und arbeitet seit 1991 in Österreich und zahlte regelmäßig seine Versicherungsbeiträge und Steuern in Österreich. Im Jahr 2014 wird er durch einen schlimmeren Unfall an der Wirbelsäule verletzt und leidet seitdem an Bandscheibenvorfällen. Durch seine gesundheitlichen Beschwerden war er gezwungen, seinen Job als Installateur aufzugeben.

Herr Z. beantragte Arbeitslosengeld beim AMS. Dort wurde ihm mitgeteilt, er solle seinen Anspruch auf Arbeitslosengeld in Kroatien geltend machen. Grund dafür: Die Behörden betrachten Herrn Z. als Grenzgänger, weil sein Heimatort 150 Kilometer entfernt ist und seine Frau in Kroatien lebt. Die kroatischen Behörden weisen ihn ebenso ab, da er niemals in Kroatien gearbeitet hat – allerdings hat Herr Z. im damaligen Jugoslawien gearbeitet.

Weil weder Kroatien noch Österreich sich für ihn zuständig fühlen, –

Die Spaltung Jugoslawiens hat dazu geführt, dass es in der EU immer wieder zur krassen Benachteiligung von Jugoslawen/innen kommt.

und schon gar keine EU – erhält Herr Z. weder eine finanzielle Arbeitslosenunterstützung noch ist er krankenversichert. Arzt- und Krankenhausrechnungen muss er selbst begleichen.

Mittlerweile war fast ein Jahr vergangen, die Ersparnisse aufgebraucht – Herr Z. am Ende seiner Kraft und Zuversicht.

Gemeinsam mit der Antidiskriminierungsstelle Steiermark legte Herr Z. Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht ein – und bekam Recht: Sein Lebensmittelpunkt ist eindeutig Österreich. Er hat hier gearbeitet und Steuern und Versicherungen bezahlt, sein Hauptwohnsitz, Auto und Telefon sind hier gemeldet.



foto: www.preventgroup.com

ANTIDISKRIMINIERUNGSSTELLE

Die Antidiskriminierungsstelle Steiermark ist eine Erstanlaufstelle für alle, die benachteiligt werden. Jeder und jede von Diskriminierung Betroffene kann sich an sie wenden:

<http://www.antidiskriminierungsstelle.steiermark.at/>

Stigergasse 2, 8020 Graz

Tel. 0316 / 714 137



Wohnen macht arm.

Notruf 0316/877 5102

Helfen statt reden. Mit Rat und Tat! **KPO** wirkt!
Graz, Landhaus
Vor Anmeldung erbeten

Satire von Günter Eichberger

Die ganz private Post

Und wieder wurde ein Postamt geschlossen. Damit das Unternehmen die Liberalisierung der Postzustellung übersteht. Und die Manager im Gegensatz zu den Briefträgern ihre Posten behalten. Solange sich etwas zusammenlegen lässt, wird man Ämter zusammenlegen, bis zuletzt ein Großpostamt überbleibt, das dann vor lauter Post aus allen Nähten platzt.

Aus dem traditionell defizitären Sektor der „gelben Post“ lässt sich schwerlich Gewinn schlagen. Aber ich habe schon länger den Verdacht, dass es den Vertretern schrankenloser Marktfreiheit nicht nur um den Profit geht, sondern ums Prinzip. Privatisierung könnte bedeuten, dass Briefe, die auch ankommen sollen, am besten privat zugestellt werden. Ein Liebesbrief, überreicht von der Hand, die ihn schrieb, bekräftigt die Botschaft. (Bei Drohbrieffen ist diese Vorgehensweise nicht ratsam.) Von Andritz nach St. Peter ist es aber doch ein wenig weit für einen Amateurpostillon. Hier könnte man auf Postpartner vertrauen. Die Ordnungswache könnte mit der einen Hand eisern durchgreifen, mit der anderen einen Gerichtsbrief überreichen. Dann weiß die eine Hand, was die andere tut.



Nicht nur der Gemischtwarenhandel bietet sich in Zeiten irrationaler Rationalisierung für eine Postpartnerschaft an. Der Bäcker kann den Brotwecken in die neuesten Prospekte einwickeln. Erlagscheine lassen sich direkt beim Empfänger einzahlen. Die Miete drückt man wie einst dem Besitzer persönlich in die Hand, das hat mehr menschliche Wärme.

Zweigstellen der Post ließen sich sogar in Nachtclubs etablieren. Dringende Botschaften könnten dort gegen einen branchenüblichen Aufschlag auch zur Schlafenszeit entgegengenommen werden. Das ließe sich mit einem Spezialservice verbinden, etwa laszivem Befeuchten der Briefmarke. Teurer als EMS dürfte auch das nicht kommen.

Günter Eichberger lebt als freier Schriftsteller in Graz.

Flucht in einer unsicheren Welt

Warum wollen immer mehr Afrikaner nach Europa?

Laut dem UNO-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) befanden sich bereits Mitte 2015 südlich der Sahara in Afrika zirka 15 Millionen Menschen auf der Flucht. Experten gehen davon aus, dass das nur der Anfang ist. Hauptgründe dafür sind Armut, Elend, Unterdrückung, Verfolgung und kriegerische Konflikte. Die Dynamik des Bevölkerungswachstums in Afrika ist enorm. Es leben hier sehr viele Menschen, die keine Chance auf eine Berufsausbildung oder ein Leben nach westlichem Standard haben. Daher beginnen sie zu wandern – Europa gilt dabei als Paradies.

Der Aufschrei in Europa ist groß, wenn wieder einmal hunderte Flüchtlinge vor den Küsten Europas jämmerlich ertrunken sind: „Es gilt die Ursachen der Flucht zu bekämpfen!“

Doch mit der Hilfe nach der Nothilfe hapert es. Dabei ist das Rezept so simpel: Sobald die Menschen bessere Chancen in ihrer Heimat sehen, riskieren sie nicht mehr die Flucht. Dazu brauchen sie dort die Aussicht auf Arbeit, auf gerechte Löhne, einfach auf ein menschenwürdiges Leben. Der Ist-Zustand sieht aber anders aus.

Viel zu lange hat Europa den afrikanischen Kontinent ausgebeutet!

Mit der europäischen Kolonialherrschaft hielten die abendländische Zivilisation, der technische Fortschritt und die kapitalistische Wirtschaftsweise in die afrikanischen Kolonien Einzug. Zugleich wurden diese Gebiete mit neuen Formen der Ausbeutung und brutalen Unterdrückung überzogen.

Die Völker Afrikas wurden ihrer eigenen kulturellen und politischen Entwicklungsmöglichkeiten beraubt und traditionelle Sozial- und Stammesordnungen zerstört.

Dauerhafte wirtschaftliche und ökologische Schäden richtete der Raubbau an natürlichen Ressourcen, wie Rohstoffvorräten, an. Die weiße Fremdherrschaft war eine der Grundlagen, auf denen in vielen Kolonien, nachdem sie unabhängig geworden waren, einheimische Despoten autoritäre Systeme etablieren konnten.

Die Aufteilung Afrikas durch die europäischen Kolonialmächte um 1914



Der Kolonialismus legte den Keim für viele kriegerische Konflikte zwischen den und auch innerhalb der neuen Staaten der Dritten Welt, die sich z. B. in Grenzen einrichten mussten, die von den Kolonialmächten ohne Rücksicht auf die sozialen und ethnischen Strukturen der Bevölkerung gezogen wurden.

Die Rolle Frankreichs bis heute.

In den 1950er- und 60er-Jahren entschieden die afrikanischen Kolonien Frankreichs, sich unabhängig zu machen. Nach zum Teil blutigen Befreiungskämpfen, wie in Algerien, akzeptierte die Regierung in Paris die Unabhängigkeitserklärungen formal, verlangte aber, dass

die Länder einen sogenannten „Pakt zur Fortsetzung der Kolonialisierung“ unterzeichneten.

Aufgrund dieses Gesetzes sind 14 afrikanische Staaten nach wie vor verpflichtet rund 85 Prozent ihrer Währungsreserven bei der französischen Zentralbank in Paris zu lagern. Dort unterstehen sie der direkten Kontrolle des französischen Staates. Die betroffenen Länder haben keinen Zugang zu diesen Reserven. Sollten ihre verbleibenden Reserven nicht ausreichen, müssen sie sich die zusätzlichen Mittel vom französischen Finanzministerium zu marktüblichen Zinsen leihen. Seit 1961 kontrolliert Paris so die Währungsreserven von Benin, Burkina Faso, Guinea-Bissau, Elfenbeinküste, Mali, Niger, Senegal, Togo, Kamerun, Zentralafrikani-

sche Republik, Tschad, Kongo, Äquatorialguinea und Gabun. Zudem müssen diese Länder jährlich ihre „kolonialen Schulden“ für die von Frankreich errichtete Infrastruktur an Paris überweisen. Frankreich verfügt auch über ein Vorkaufsrecht auf alle neuentdeckten Rohstoffvorkommen in diesen Ländern. Und schließlich müssen französische Unternehmen bei der Vergabe von Aufträgen in den Ex-Kolonien bevorzugt behandelt werden. Als Folge dessen befinden sich dort die meisten Vermögenswerte in den Bereichen Versorgung, Rohstoffe, Finanzen, Transport, Energie und Landwirtschaft in den Händen französischer Konzerne.

So kassiert der französische Staat von seinen ehemaligen Kolonien jährlich 440 Milliarden Euro an Steuern!

Und weigert sich eine Regierung, wie jene des westafrikanischen Togo im Jahr 1963, diese Steuern zu zahlen, wird sie einfach mit französischer Militärhilfe und Fremdenlegionären blutig weggeputscht.

Gescheiterte Staaten

Das Erbe des Kolonialismus hat dazu geführt, dass es in Afrika kaum funktionierende Gemeinwesen gibt. Die neokoloniale Politik der EU, die die Volkswirtschaften in Afrika zerstört, verschlimmert die Lage noch. Erst wenn sich Wirtschaftsbeziehungen zum gegenseitigen Vorteil zwischen den Ländern Afrikas und Europas entwickeln, wird sich die Lage entspannen.

Wohnen darf nicht arm machen

Hände weg von der Wohnbeihilfe



Mit 1. September haben SPÖ und ÖVP die Wohnbeihilfe in der Steiermark abgeschafft. Sie wurde durch die viel schlechtere „Wohnunterstützung“ ersetzt.

Mit der neuen Regelung werden sich viele Leute ihre Wohnung nicht mehr leisten können: arbeitende Menschen, Familien, Studierende, Pensionistinnen und Pensionisten.

Nun werden Familienbeihilfe und Unterhaltszahlungen als Einkommen gewertet. Das ist ein sozialpolitischer Tabubruch. Erstmals wird Geld, das für die Kinder gedacht ist, für die Berechnung der Unterstützung herangezogen. Neu ist auch, dass niemand eine Wohnunterstützung bekommt, dessen Vermögen den Betrag von 4.189 Euro überschreitet. Viele Menschen haben einen Notgroschen angelegt, wer gespart hat wird nun bestraft. Das sind nur einige der neuen Verschlechterungen.

2009 hat das Land Steiermark noch 73,4 Millionen Euro für die Wohnbeihilfe ausgegeben. 2014 waren es nur noch 46,3 Millionen. 2011 wurde der Zuschuss für die Betriebskosten halbiert. Die neue Wohnungssicherung ist ein weiteres brutales Kürzungspaket auf dem Rücken der Menschen, die ohnehin mit wenig Geld auskommen müssen.

Wohnen ist ein Menschenrecht. Die Steiermark braucht Wohnungen, die sich die Menschen leisten können. Solange es keine billigen Wohnungen gibt, braucht es eine ausreichende Wohnbeihilfe.

Wir fordern:

- **Rücknahme der „Wohnunterstützung“ und Rückkehr zur Wohnbeihilfe**
- **Keine Einberechnung der Familienbeihilfe ins Haushaltseinkommen**



Name	Adresse	Geburts-Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift

